

Übersichten

November 2002

Außenpolitik

1 ASEAN + China – bescheidene Fortschritte im Südchinesischen Meer

Bereits Ende Oktober wurde im Vorfeld des Anfang November in Phnom Penh abgehaltenen jährlichen Gipfeltreffens der ASEAN-Staaten unter Beteiligung Chinas bekannt, dass während des Treffens ein Dokument unterzeichnet werden sollte, dass zur Beendigung der territorialen Dispute im Südchinesischen Meer beitragen sollte. Die Nachricht darüber wie auch der geplante Inhalt des letztlich von den ASEAN-Staaten und China unterzeichneten Dokuments mit dem Titel „Declaration on the Conduct of Parties in the East Sea“ (i.e. Südchinesisches Meer) waren vom Außenminister Thailands auf einer Pressekonferenz bekannt gegeben worden.

Da die gemeinsame Erklärung nicht alle ASEAN-Staaten betrifft, ist sie eingebettet in eine Vereinbarung zwischen der ASEAN und China über die Kooperation auf dem Feld nichttraditioneller Sicherheitsfragen. Warum der thailändische Außenminister be-

reits im Vorfeld der Unterzeichnung mit Einzelheiten aus dem Inhalt der Erklärung an die Presse ging, lässt sich nur vermuten. So wurde beispielsweise darüber spekuliert, ob es sich dabei um einen Versuch gehandelt haben könnte, China auf einige Punkte des Entwurfs festzulegen, von denen man wusste, dass diese bislang auf Ablehnung gestoßen waren.

In der Vergangenheit waren die ASEAN-Staaten mehrfach initiativ geworden, um alle in die territorialen Streitigkeiten im Südchinesischen Meer involvierten Parteien dazu zu bewegen, sich vertraglich zur Abstinenz von Gewalt zu verpflichten. China hatte jedoch die Unterzeichnung jeder Form rechtlich verbindlicher Abkommen in dieser Frage kategorisch verweigert und blieb dieser Haltung auch jetzt treu. Aus diesem Grunde konnte man sich lediglich auf die wesentlich unverbindlichere Form einer Gemeinsamen Erklärung einigen, mit der man hofft, eines Tages doch noch einen verbindlichen Code of Conduct zu erreichen.

Am chinesischen Widerstand scheiterten auch verschiedene Passagen der Entwurfsfassung dieses Dokuments. So hatte Vietnam beispielsweise ursprünglich darauf bestehen wollen, dass alle Unterzeichnerstaaten dazu verpflichtet werden sollten, auf umstrittenen Inseln und Riffen, die bislang keine Gebäude aufwiesen und unbevölkert sind, auch in der Zukunft keine unilateralen Baumaßnahmen und Ansiedlungen vorzunehmen. Ein entsprechender Passus findet sich in dem unterzeichneten Dokument jedoch nicht mehr wieder.

Dennoch kann es als Schritt in Richtung friedlicher Konfliktlösung interpretiert werden, wenn sich mit diesem Dokument, an dem seit 1999 gearbeitet wurde, alle beteiligten Staaten nun erstmals schriftlich verpflichten, ihre Konflikte im Hinblick auf Territorialfragen und Jurisdiktion in der umstrittenen Region mit friedlichen Mitteln zu lösen. Probleme und Konflikte sollen demnach in der Zukunft unter Ausschluss der Anwendung oder Androhung von Gewalt auf dem Wege freundschaftlicher Konsultationen und Verhandlungen zwischen den souveränen Staaten beigelegt werden. Die Frage bleibt, wie angesichts der ge-

wählten Worte und der Haltung Beijings mit Taiwan verfahren werden soll, das ebenfalls territoriale Ansprüche im Südchinesischen Meer erhebt.

Auf der Ebene der Kooperation sind im Rahmen der Erklärung nun gemeinsame Anstrengungen in Richtung des Schutzes der Meeresumwelt, der Forschung, der Sicherheit der Schifffahrt sowie im Hinblick auf die Verbesserung von Kommunikation, Rettungsmaßnahmen und die Bekämpfung transnationalen Verbrechens geplant. Ob ein Passus des Entwurfs, nach dem es am Territorialkonflikt unbeteiligten Parteien ermöglicht werden sollte, sich an kooperativen (wirtschaftlichen) Aktivitäten zu beteiligen, noch Bestandteil des unterzeichneten Dokuments ist, konnte anhand der verfügbaren Quellen nicht geklärt werden.

Die Unterzeichnung des Dokuments durch China ist insgesamt als Entgegenkommen gegenüber der ASEAN zu bewerten. Das strategische Verhältnis zur ASEAN besitzt für China einen sehr hohen Stellenwert, das dürfte nicht zuletzt aus der Anwesenheit Zhu Rongjis trotz des unmittelbar bevorstehenden Parteitags in China klar geworden sein.

Voll und ganz im chinesischen Interesse liegt auch die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit im Zusammenhang mit so genannten Fragen nichttraditioneller Sicherheit (China-ASEAN Joint Declaration on Cooperation in the Field of Non-traditional Security Issues). Mittels dieser gemeinsamen Erklärung wird ein formaler Rahmen für die Kooperation in Fragen vorgegeben, die auch für die VR China zunehmend bedeutender und im nationalen Rahmen immer weniger lösbar werden. Demnach sollen durch Informationsaustausch, die gegenseitige Entsendung von Personal, gemeinsame Forschung und praktische bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit diverse Phänomene transnationalen Verbrechens bekämpft werden. Angeführt wird die gemeinsame Prioritätenliste von Drogen- und Menschenhandel, Piraterie, Terrorismus, Waffenschmuggel und Geldwäsche. Hinzu kommen neue Bereiche wie Wirtschafts- und so genannte Cyberverbrechen.

Die Gemeinsamkeiten auf diesen Gebieten der Sicherheit dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die grundsätzlichen Interessen auf beiden Seiten durchaus unterschiedlich gelagert sind. So wurde zwar ebenfalls auf dem Gipfeltreffen Anfang November eine Rahmenvereinbarung zwischen China und der ASEAN über die wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet, und Diskussionen konzentrierten sich auf die geplante Einrichtung der ASEAN-China Freihandelszone. Diese soll nun bis zum Jahr 2013 unter Beteiligung der entwickelteren Staaten der ASEAN eingerichtet werden. Aber auch mit Japan schlossen die ASEAN-Vertreter eine Vereinbarung über wirtschaftliche Partnerschaft ab.

Die Einbindung der ASEAN-Staaten wird so für die Volksrepublik in Konkurrenz mit Japan zunehmend teuer. So wurden Laos von chinesischer Seite alle noch bestehenden Altschulden, die teilweise noch aus den sechziger Jahren stammten und im Übrigen ohnehin zum großen Teil als uneinbringlich galten, in einer großzügigen Geste erlassen. Militär- und Entwicklungshilfe für Laos komplettieren das chinesische Engagement nicht nur in diesem, einem der ärmsten ASEAN-Länder.

Materielle Anreize können ihre Wirkung jedoch ganz offensichtlich nur in den ärmeren Mitgliedsstaaten entfalten. So musste sich China auf einem weiteren Feld de facto geschlagen geben. Lange hatte die Volksrepublik argumentativ gegen eine von Indien gewünschte engere Anbindung des südasiatischen Landes an die ASEAN opponiert, weil es keinen weiteren großen strategischen Konkurrenten wünschte. Auf dem Novembertreffen in Phnom Penh wurde nun allerdings unter erstmaliger Teilnahme Indiens eine Gemeinsame Erklärung über Zusammenarbeit verabschiedet, die zukünftig ähnlich wie im Falle Japans und Chinas jährliche Gipfeltreffen zwischen der ASEAN und Indien vorsieht. Weiterer chinesischer Widerstand scheint damit zwecklos. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums begrüßte denn auch die Entwicklung von Beziehungen zwischen der ASEAN und Indien. (WSJ, 30.10.02; PTI news agency, 4.11.02, nach BBC PF, 5.11.02; VNA news

agency, online, 5.11.02, nach BBC PF, 7.11.02; *The Economist*, 9.11.02; XNA, 6.11., 14.11.02) -kg-

2 China und die Irak-Frage im Sicherheitsrat

Unter turnusmäßigem chinesischem Vorsitz verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Anfang November die Resolution 1441, die knapp eine Woche später auch vom Irak uneingeschränkt angenommen wurde. Zuvor waren u.a. aufgrund des chinesischen Widerstands einige bedeutende Veränderungen in dem von den Vereinigten Staaten und Großbritannien eingebrachten Resolutionsentwurf über UN-Waffeninspektionen im Irak vorgenommen worden. China hatte ebenso wie Frankreich Bedenken gegen jede Form von Automatismus im Falle eines Verstoßes gegen diese oder vorangegangene UN-Resolutionen durch den Irak angemeldet.

Nach den Worten von Zhang Yishan, dem ständigen Vertreter der Volksrepublik China bei den Vereinten Nationen, habe China von Anbeginn der Konsultationen über die jetzt verabschiedete Resolution einen Zweistufenplan unterstützt, der eine Diskussion der Ergebnisse fairer Waffeninspektionen im Sicherheitsrat vorsieht und keinerlei sonstigen Automatismus von militärischen Reaktionen beinhaltet. China zeigte sich zufrieden, dass der nunmehr gefundene Wortlaut der Resolution keine entsprechende Passage mehr enthält, vielmehr auch auf chinesischen Wunsch explizit die Souveränität und territoriale Integrität des Irak – aber auch Kuwaits und anderer Nachbarstaaten – respektiert.

Zhang erklärte weiter, sein Land vertrete die Ansicht, die Inspektionen seitens der UN Monitoring, Verification, and Inspection Commission (UNMOVIC) und der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA müssten effektiv sein. Andererseits dürften jedoch auch die Bedingungen für die Inspektionen nicht unpraktikabel und unrealistisch sein. Im Gegensatz zu den USA, die von negativen Ergebnissen der Untersuchungen ausgehen, strich der chinesische Vertreter hingegen eine mögliche Beendigung der seit 12 Jahren andauernden Sanktionierung des Irak in Abhängigkeit von der tatsächlichen

Umsetzung der seitens der Vereinten Nationen nach dem Golfkrieg auferlegten Abrüstungsaufgaben heraus.

Die Irak-Frage bedeutete und ist weiterhin für China ein diplomatischer Balanceakt. Auf der einen Seite ist man bemüht, sich als verlässlicher Partner in der Anti-Terror-Koalition mit den USA zu zeigen, um hier das bilaterale Verhältnis zu verbessern und auch internationale Rückenbedeckung für das Vorgehen im eigenen Lande zu erhalten. Andererseits hat China jedoch auch eigene Interessen am Persischen Golf, die sich mit denen der USA keineswegs decken. Vielmehr stehen hier beide in Konkurrenz zueinander. Aus diesem Grunde ist China auf Ausgleich und insbesondere auf die Einbindung der Arabischen Liga bedacht. Der gesamte Nahe Osten ist inzwischen für die VR China eine wichtige Exportregion für Güter, besonders aber für Arbeitskraft. Chinesische Arbeitskräfte werden seit Jahren auf Baustellen in den arabischen Ländern aber auch in Israel eingesetzt. Wichtigster Faktor ist jedoch unzweifelhaft die hochgradige Abhängigkeit Chinas von Erdölimporten.

Nicht nur die Tatsache der großen Abhängigkeit von Erdölimporten (Eigenproduktion 2001: 165 Mio. t) verursacht der chinesischen Regierung Kopfzerbrechen. Als besorgniserregend gelten vor allem die unzureichende Diversifizierung der Bezugsquellen und die mangelhafte Vorratsbildung. Kriegerische Auseinandersetzungen am Persischen Golf könnten die Volksrepublik damit von ihrem dringend benötigten Nachschub an fossilen Brennstoffen abschneiden. Insbesondere langwierige kriegerische Auseinandersetzungen, mit denen zu rechnen wäre, könnten sich katastrophal auf die chinesische Wirtschaft auswirken, da es China bisher an einer strategischen Brennstoffreserve für Krisenzeiten mangelt und 56% der Erdölimporte aus dem Nahen Osten bezogen werden. Diese Importe beliefen sich im vergangenen Jahr immerhin auf knapp 34 Mio. t. Weitere 13,5 Mio. t bezog die Volksrepublik aus Afrika.

In China geht man daher allgemein davon aus, dass die Irak-Frage und die daran gekoppelte diffizile diplomatische Aufgabe, sich mit den USA gut zu

stellen, ohne die arabischen Staaten zu verprellen, zur außenpolitischen Nagelprobe für Hu Jintao als designiertem Nachfolger Jiang Zemin werden wird. (SCMP, 14.11.02; XNA, 6.11., 10.11.02; Xinhua, 8.11.02, nach BBC PF, 10.11.02; Xinhua, 14.11.02, nach BBC PF, 15.11.02) -kg-

3 Diplomatische Nahost-Aktivitäten nehmen zu

Der zunehmend schwierige Balanceakt zwischen den verschiedenen Interessen Chinas in der Weltpolitik zwingt die chinesische Regierung zu einer Abkehr der traditionellen Zurückhaltung und damit zu einer aktiveren Außenpolitik auch in Konfliktregionen. Das beste Beispiel für diesen Wandel ist die Nahost-Region mit ihrem Langzeitkonflikt zwischen Israel und Palästinensern.

Die VR China, die traditionell gute Beziehungen zur arabischen Welt unterhält und hier auch ihre Hauptöllieferanten hat (vgl. Ü 2), engagiert sich wirtschaftlich zunehmend in Israel. Beispielsweise sind hier chinesische Bauunternehmen mit ihren Arbeitern vor Ort. Hinzu kommt die schwierige politische Positionierung gegenüber dem Phänomen palästinensischer Selbstmordattentate in Israel. Schließlich befindet sich die chinesische Regierung in der internationalen Koalition gegen Terrorismus und hat gerade erst erfolgreich das eigene Vorgehen gegen separatistische und oppositionelle Kräfte im eigenen Lande als Teil des Anti-Terror-Kampfes definieren können. Von der einst nahezu vorbehaltlosen Unterstützung der palästinensischen Sache ist schon lange nichts geblieben.

Bisher übte sich die chinesische Regierung im Nahost-Konflikt in Zurückhaltung, ist nun jedoch offensichtlich zu der Ansicht gelangt, dass diese passive Haltung den eigenen strategischen Interessen in der Region nicht mehr hinreichend zuträglich ist. Dem Beispiel der Europäischen Gemeinschaft, der USA, Russlands und verschiedener anderer Staaten folgend ernannte China kürzlich einen Sonderbotschafter für dieses Gebiet. Wang Shijie, ein 66-jähriger Diplomat, der Englisch und Arabisch spricht, unternahm in dieser Funktion vom 6. bis zum 14. No-

vember seine Antrittsreise durch sechs Länder der Region.

Auf der Reise traf Wang neben dem Generalsekretär der Arabischen Liga und Vertretern der Vereinten Nationen in der Region auch den israelischen Verteidigungsminister und Jassir Arafat. In öffentlichen Äußerungen betonte Wang immer wieder die unparteiische Haltung seines Landes. Seine Aufgabe sei es nicht Partei zu ergreifen. Vielmehr wolle sich die Volksrepublik als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ihrer Verantwortung stellen und vermittelnd tätig werden. Wang beschrieb die Haltung der chinesischen Regierung wie folgt: Israel und die palästinensischen Vertreter sollten schnellstmöglich wieder Friedensverhandlungen auf der Basis der einschlägigen UN-Resolutionen und der bereits von beiden Seiten unterzeichneten Übereinkommen aufnehmen.

Der Wiederherstellung der legitimen Rechte der arabischen Völker – insbesondere die der Palästinenser auf einen eigenen Staat – gebühre Priorität. Gleichzeitig müsste jedoch das Existenzrecht Israels von allen Beteiligten anerkannt werden, was auch die Beendigung der Selbstmordattentate bedeute. Eine dauernde und gerechte Lösung könne nur über friedliche Verhandlungen und legitimiert durch die internationale Gemeinschaft erreicht werden. Grundsätzlich sei China jedoch davon überzeugt, dass eine friedliche Koexistenz zwischen Arabern und Israelis möglich ist. (XNA, 9.11., 13.11., 14.11.02; Xinhua, 22.11.02, nach BBC PF, 23.11.02; ST, 22.11.02) -kg-

4 Rüstungskontrolle ohne China

Die chinesische Regierung kündigte in der ersten Novemberhälfte an, sie werde den seit Februar des Jahres verhandelten „Code of Conduct against the Proliferation of Ballistic Missiles“ trotz ihrer Beteiligung an den Konsultationen zu diesem Thema nicht unterzeichnen. Diese Botschaft wurde Vertretern der Europäischen Union seitens der chinesischen Regierung übermittelt. Die USA habe man über diesen Schritt nicht gesondert infor-

miert, hieß es aus dem chinesischen Außenministerium.

Der internationale Vertrag, mit dem sich die Unterzeichnerstaaten zu „maximaler Zurückhaltung“ im Hinblick auf Entwicklung und Stationierung von ballistischen Raketen verpflichten sollen, entspringt einer Idee des französischen Präsidenten Jacques Chirac aus dem Jahr 2000. Ziel des Vertrags ist die Verminderung der Proliferation von militärischer Raketentechnologie.

78 Staaten waren an den Konsultationen zu dem Vertragswerk beteiligt, darunter auch die VR China. Diese erklärte nunmehr jedoch, sie könne den Vertrag nicht unterzeichnen, da einige erhebliche Einwände von ihrer Seite keine Berücksichtigung gefunden hätten. Im Übrigen habe China eigene Anstrengungen zur Verhinderung der Verbreitung entsprechender Technologien unternommen. Man habe ein eigenes Exportkontrollregime aufgebaut und gewährleiste nunmehr durch vier spezifische nationale Gesetze, die seit September dieses Jahres verabschiedet wurden, eine strenge Kontrolle des Handels mit Raketentechnologie, biologischen, chemischen und militärischen Produkten.

Der internationale Code of Conduct, dem zunächst 44 überwiegend westliche Staaten beitreten werden, beinhaltet eine freiwillige Selbstverpflichtung für Anbieter- und Käuferstaaten zur Einschränkung des Handels mit raketentauglicher Technologie. Ziel der Initiatoren war es, Länder wie China, Iran, Syrien, Indien und Pakistan, die über Raketentechnologie verfügen und der Proliferation verdächtig werden, mit diesem Vertragswerk an einen gemeinsamen Tisch zu bringen.

Der Widerstand Chinas richtet sich insgesamt weniger gegen die Kontrolle und die Einschränkung des internationalen Handels mit militärischer Raketentechnologie als vielmehr gegen Bestimmungen im Vertragswerk, die die Unterzeichnerstaaten verbindlich dazu verpflichten, alle Raketentests vorab anzukündigen und in einem jährlichen Bericht über alle derartigen Tests des abgelaufenen Jahres zu informieren. Die chinesischen Vertreter in den vorbereitenden Verhandlungen hatten darauf gedrungen, dass derartige vertrauensbildende Maßnahmen freiwilliger Natur sein müssten. Da man

mit dieser Ansicht bei der Mehrheit der verhandelnden Staaten kein Gehör fand, kam eine Unterzeichnung aus chinesischer Sicht nicht mehr infrage.

Da Nordkorea von Anbeginn nicht in den Prozess einbezogen war und auch Indien im Anschluss an die Bekanntgabe der chinesischen Entscheidung mitteilte, es werde ebenfalls nicht zu den Unterzeichnern gehören, ist der Wert des Vertragswerks inzwischen insgesamt infrage gestellt.

China seinerseits überraschte Ende November insbesondere amerikanische Militärbeobachter mit einem Test neuer Raketen. Von einem Jagdbomber des Typs JH-7 wurde erfolgreich ein Cruise Missile mit der Bezeichnung YJ-83 abgefeuert, der zum Angriff auf Schiffe bestimmt ist. Waren die USA bislang davon ausgegangen, die Reichweite derartiger chinesischer Waffen übersteige 120 km nicht, beträgt der Flugradius des nun getesteten Geschosses 250 km. Damit erhöht sich die chinesische Angriffskapazität auf Ziele „jenseits des Horizonts“, was aus amerikanischer Sicht die potenzielle Bedrohung eigener Schiffe im Konfliktfall mit China erheblich steigert. (WSJ, 8.11., 12.11.02; SCMP, 13.11.02; ST, 22.11.02; PTI news agency, 15.11.02, nach BBC PF, 16.11.02) -kg-

5 Parteitag erteilt unabhängiger Armee eine deutliche Absage

Sollte irgendjemand geglaubt haben, dass mit der Modernisierung, Technisierung und Professionalisierung der chinesischen Streitkräfte auch der Primat der Ideologie zugunsten einer modernen Nationalarmee aufgegeben werden könnte, so belehrte spätestens die Rede Jiang Zemins auf dem XVI. Parteitag jeden eines Besseren. Zwar wurde das Verhältnis zwischen Partei und Armee erst unter Punkt 7 von 9 angesprochen, doch die von Jiang Zemin getroffene Aussage ist an Deutlichkeit kaum zu überbieten. Die Lehren Mao Zedongs und Deng Xiaopings sollten die Modernisierung der Streitkräfte lenken.

Zwar sei eine Neuausrichtung an den veränderten Anforderungen der aktuellen historischen Situation notwendig und unabdingbar, doch sei an dem grundlegenden Prinzip der Herrschaft

der Partei über die Armee nicht zu rütteln. Vorläufig bedeutet das auch die Herrschaft Jiang Zemins über die Gewehrläufe, der zwar all seine Parteiämter aufgab, doch gleichzeitig zum Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission gewählt wurde. Beobachter gehen davon aus, dass er damit auch ein Druckmittel gegenüber seinem Nachfolger Hu Jintao in den Händen hält, dem die militärische Sozialisierung fehlt. Das dürfte den Einfluss Jiangs auf das politische Geschehen in China auf absehbare Zeit sichern, wird doch Hu Jintao angesichts so gravierender gesellschaftlicher Probleme wie wachsender Kriminalität und Korruption sowie Massenarbeitslosigkeit und damit einhergehender Verwerfungen voraussichtlich in entscheidendem Maße auf Armee und Miliz angewiesen sein, um die innere Stabilität Chinas zu wahren.

Mit großem Pathos heißt es in Jiangs Rede, die Armee solle der ideologischen und politischen Entwicklung erste Priorität einräumen und müsse Natur, Qualität und Arbeitsstil einer Volksarmee beibehalten. Der absolute Führungsanspruch der Partei, so Jiang weiter, sei die unsterbliche Seele der Armee. Hinsichtlich des fundamentalen Prinzips und des Systems der Parteiherrschaft über die Armee dürfe es kein Wanken geben. Wie sich dies bei dem gleichzeitigen Anspruch auf technologische Modernisierung und damit verbundener Professionalisierung und Anhebung des Bildungsniveaus der Militärangehörigen langfristig sichern lässt, bleibt jedoch offen.

Als aufschlussreich darf auch angesehen werden, dass den Ausführungen Jiangs zur Armee auf dem Parteitag unmittelbar seine Vision für eine friedliche Wiedervereinigung mit Taiwan folgte. Die zentrale Bedeutung der Taiwan-Frage in der chinesischen Militärstrategie sehen Beobachter denn auch im Hinblick auf die Personalentscheidungen des Parteitags bestätigt. Die gesamte Küstenlinie von Shandong bis Fujian befindet sich nunmehr unter dem Befehl von Kommandeuren, die auf eine gemeinsame Vergangenheit in der First Army Group zurückblicken. Im Zusammenhang mit der Taiwan-Frage wird auch gesehen, dass der neue Kommandeur der Militärregion Nanjing nicht wie sonst üb-

lich durch Versetzung aus einer anderen Region, sondern durch Beförderung innerhalb seiner Region auf seinen neuen Posten kam. Generalleutnant Zhu Wenquan war in Zhejiang zuständig für die Modernisierung und den Ausbau der amphibischen Kapazitäten, die im Falle einer Invasion Taiwans von großer Bedeutung wären. Die regionale Machtbasis Zhus durch Beförderung innerhalb der Region wird jedoch offensichtlich dadurch eingeschränkt, dass er der einzige der neu ernannten Militärführer ist, der nicht gleichzeitig auch zum ständigen Mitglied der Zentralen Militärkommission gewählt wurde. (XNA, 18.11.02; ST, 21.11., 23.11.02; WSJ, 18.11.02; Xinhua, 15.11.02, nach BBC PF, 16.11.02) -kg-

6 Wiederaufnahme hochrangiger militärischer Kontakte zwischen den USA und China

Mehr als ein Jahr nach dem Zusammenstoß zwischen chinesischen Abfangjägern und einer amerikanischen Aufklärungsmaschine und der anschließenden Notlandung der Amerikaner auf Hainan wurde während des Besuchs Jiang Zemins in den USA im Oktober die formale Wiederaufnahme der militärischen Kontakte eingeläutet. Zwar hatte die amerikanische Regierung den Austausch in Militärangelegenheiten nie grundsätzlich ausgeschlossen, doch kam die vom amerikanischen Verteidigungsminister Rumsfeld im Zuge der diplomatischen Krise um das amerikanische Spionageflugzeug und dessen Besatzung veranlasste Überprüfung im Einzelfall einer Aussetzung der Kontakte zumindest auf höherer Ebene gleich.

Die Verbesserung der bilateralen Beziehungen insbesondere nach dem 11. September 2001 machte nun auch die formale Wiederaufnahme des vom US-Verteidigungsministeriums in der Vergangenheit häufig als einseitig und zu Ungunsten der Vereinigten Staaten interpretierten Austauschs im Verteidigungsbereich wieder möglich. Symbolisch wurde die Wiederaufnahme des Austauschs durch den Besuch eines amerikanischen Zerstörers mit 340 Mann Besatzung Ende November in Qingdao besiegelt. Wichtiger als die-

ser symbolische Akt ist jedoch die Wiederaufnahme der direkten Gespräche zwischen hochrangigen Vertretern des Militärs und der zuständigen Ministerien beider Seiten, nachdem Konsultationen auf Arbeitsebene und in konkreten Fragen wie etwa der Vermeidung von Missverständnissen und Zusammenstoßen im Südchinesischen Meer nie völlig zum Stillstand gekommen waren.

Anfang Dezember wird eine erste Delegation von mehr als 20 chinesischen Generälen auf amerikanische Einladung hin wieder das Pentagon besuchen. Im Gegenzug ist im selben Zeitraum ein Besuch des Befehlshabers der amerikanischen Pazifikflotte, Konteradmiral Thomas Fargo, in China geplant. Der hochrangige bilaterale Dialog in Verteidigungsfragen soll am 9. Dezember wieder aufgenommen werden.

Sowohl China als auch die USA sind sichtlich darum bemüht, die bis jetzt geschaffene Grundlage für Gespräche und Kooperation längerfristig nicht zu gefährden. So fand auch weder in den USA noch in China ein Vorfall großes Echo, der unter anderen Umständen durchaus diplomatische Komplikationen hervorgerufen haben könnte. Unmittelbar vor dem Besuch des US-Zerstörers in Qingdao näherten sich zwei chinesische Abfangjäger wiederum gefährlich an eines der nach wie vor in internationalem Luftraum vor der chinesischen Küste operierenden US-Spionageflugzeuge des Typs EP-3 an. Allerdings, so hieß es, sei ein Abstand von 75 m nicht unterschritten worden. Damit hätten die chinesischen Piloten deutlich größere Zurückhaltung bewiesen als dies vor dem Zwischenfall vom April vergangenen Jahres üblich gewesen sei. (ST, 8.11., 24.11., 25.11.02; WSJ, 6.11., 23.11.02; SCMP, 25.11.02) -kg-

7 SCO – Intensivierung und Formalisierung der Kooperation

Die Außenminister der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) trafen sich am 23. November in Moskau. Neben dem Meinungsaustausch zu internationalen Fragen standen das Binnenverhältnis der Mitgliedsstaaten und die Beziehungen der Organisation

zu anderen Staaten und multilateralen Institutionen im Mittelpunkt der Konsultationen. Als Ergebnis der Gespräche wurde ein vorläufiges Regelwerk zu den beiden letztgenannten Fragen verabschiedet.

Prinzipielle Übereinstimmung konnte auch hinsichtlich der Frage der Einrichtung eines Sekretariats der Organisation in Beijing sowie über dessen Budget erreicht werden. China hatte in dieser Frage offensichtlich Druck gemacht und strebt die Eröffnung des Sekretariats früh im nächsten Jahr an. Ein offizieller Zeitplan besteht angesichts „prinzipieller Übereinstimmung“ in dieser Frage jedoch noch nicht. Nach Ansicht des chinesischen Außenministers Tang Jiaxuan seien die Planungen jedoch in die entscheidende Phase eingetreten. China wünsche die Unterzeichnung entsprechender Dokumente über die Einrichtung des Sekretariats auf dem nächsten SCO-Gipfeltreffen der Staatschefs, das unter dem turnusmäßigen Vorsitz Kasachstans im nächsten Jahr in diesem Mitgliedsstaat stattfinden wird.

Unter dem Eindruck der terroristischen Geiselnahme in Moskau betonten alle teilnehmenden Außenminister, die Hauptaufgabe der Organisation sei die Stabilisierung und Konsolidierung der Lage in Zentralasien. In diesem Zusammenhang wurden trotz aller positiven Entwicklungen in Afghanistan seit dem Sturz der Taliban auch neue Befürchtungen laut, die zeigen, dass die Lage dort offensichtlich längst nicht so entspannt ist, wie die Berichterstattung in internationalen Medien den Anschein vermittelt. Man habe mit Besorgnis einen wachsenden Trend zu Anbau, Produktion und Schmuggel illegaler Drogen in Afghanistan festgestellt, so die Außenminister der SCO-Mitgliedsstaaten. Drogen entwickelten sich zu einer primären Finanzierungsquelle bei der Austragung interner auch bewaffneter Konflikte innerhalb Afghanistans und für den internationalen Terrorismus. Insbesondere der Drogenschmuggel stelle nicht zuletzt für die Staaten der SCO eine erhebliche Bedrohung dar. Aus diesem Grunde sprach man sich für die Einrichtung eines „Sicherheitsgürtels“ entlang der afghanischen Grenzen aus, ohne allerdings auf Fragen der konkreten Umsetzung einzugehen.

Im Außenverhältnis traten die Außenminister der SCO-Staaten für die Aufnahme von Arbeitsbeziehungen zur ASEAN ein, um einen Austausch von Informationen zu etablieren und einen Modus für eine mögliche Kooperation zwischen beiden Organisationen zu finden. Man vertrat die Ansicht, die unterschiedlichen mit der Erhaltung von Stabilität in Asien befassten Organisationen und Institutionen sollten arbeitsteilig zusammenarbeiten und sich in ihren Tätigkeiten ergänzen. Eine Konkurrenzsituation sei nicht wünschenswert.

Auf außenpolitischem Gebiet wurde weitgehende Übereinstimmung in der Haltung zur Irak-Frage festgestellt. Die Verabschiedung der Resolution 1441 des Weltsicherheitsrats über die Wiederaufnahme der Waffeninspektionen im Irak wurde ausdrücklich begrüßt. Auch die Idee einer nuklearwaffenfreien Zone auf der koreanischen Halbinsel wurde aufgegriffen und fand breite Unterstützung.

Im Binnenverhältnis soll die wirtschaftliche Kooperation verstärkt ausgebaut werden. Es wurden aber Stimmen laut, die vor einem Verlust der Fokussierung warnten. So wurden Handel, Transport, Kommunikation, Investitionen und AIDS-Prävention als geeignete Felder einer intensivierte Kooperation in nächster Zukunft identifiziert. Die Verkehrsminister der SCO-Mitgliedsstaaten unterzeichneten als konkreten Schritt auch bereits am 21. November in der kirgisischen Hauptstadt Bishkek ein gemeinsames Protokoll über Verkehr und Kommunikation, mit dem u.a. der Weg zur Entwicklung von internationalen Verkehrskorridoren durch das Territorium der Mitgliedsstaaten frei wird. Das Protokoll ist Teil einer größeren SCO-Deklaration über regionale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, in deren Rahmen auch die Herstellung eines günstigen Umfeldes für grenzüberschreitende Investitionen und der Ausbau der zivilen Luftfahrt zwischen den Unterzeichnerstaaten beschlossen wurde.

Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit soll jedoch weiterhin der Sicherheitsbereich stehen. Auf diesem Feld hat auch bereits die praktische Arbeit begonnen. Ausdruck dessen ist nicht zuletzt das bereits Anfang Novem-

ber in Shanghai durchgeführte Treffen der Obersten Staatsanwälte der Mitgliedsstaaten der SCO. Man einigte sich hier auf eine Zusammenarbeit auf juristischem Gebiet auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen sowie des Völkerrechts. Die Kooperation soll sich auf die Bekämpfung von Terrorismus, Separatismus, Extremismus, Drogenschmuggel und Waffenhandel beziehen. Zu diesem Zwecke wurden als konkrete Maßnahmen u.a. der Austausch von Beweismitteln sowie die Inhaftierung und Auslieferung von Verbrechern beschlossen. (Asia-Plus news agency, 6.11.02; nach BBC PF, 7.11.02; Kabar news agency, 21.11.02, nach BBC PF, 22.11.02; Khabar Television, 23.11.02, nach BBC PF, 24.11.02; ITAR-TASS, 23.11.02, nach BBC PF, 24.11.02; Xinhua, 23.11.02, nach BBC PF, 25.11.02; Xinhua, 23.11.02, nach BBC PF, 26.11.02) -kg-

8 Vorsichtige Annäherung an die NATO

Seit einigen Monaten schon verdichten sich die Anzeichen eines chinesischen Positionswechsels gegenüber der NATO. Insbesondere nach der deutlichen Annäherung Russlands sah sich China zunehmend isoliert. Dem Näherrücken der NATO an seine eigene Westgrenze hatte die VR China zunächst nichts entgegenzusetzen. Nun hat sich offensichtlich die Erkenntnis durchgesetzt, dass das Beibehalten der passiv-kritischen Haltung auf längere Sicht nicht im chinesischen Interesse sein kann.

War die NATO noch vor wenigen Jahren als militärischer Handlanger der Hegemonialpolitik der USA beschimpft und deren letzte Erweiterungsrunde kritisiert worden, so fehlten diese Misstöne in der Kommentierung des NATO-Gipfels in Prag und der auch hier wiederum vorgenommenen Erweiterung der NATO nach Osten sowohl in der chinesischen Presse als auch seitens der Regierung völlig.

So hieß es aus dem chinesischen Außenministerium, man hoffe, dass die NATO selbst im Zuge ihrer eigenen Entwicklung auch die Belange ihrer Mitgliedsländer in Europa im Auge behalten möge und dieser Pro-

zess auch tatsächlich den europäischen Staaten, der Stabilität in Europa und auch in der Welt zugute kommen möge. Auffällig ist hier die Betonung des Charakters der NATO als europäisch dominierte Organisation.

Mit der fundamentalen Veränderung der Sicherheitslage, so die Analyse des chinesischen Außenministeriums weiter, habe sich auch die Rolle der NATO verändert. Nicht zuletzt China – und hier schließt sich der argumentative Kreis – war es jedoch, das seit langer Zeit für die Errichtung eines neuen Sicherheitskonzepts basierend auf gegenseitigem Vertrauen, Gleichberechtigung und Kooperation zum allseitigen Nutzen eingetreten ist.

Da die NATO, so offensichtlich die Logik, sich nun in ihrem Charakter verändert hat, spricht aus chinesischer Sicht auch prinzipiell nicht mehr viel gegen die Aufnahme von Gesprächen mit dem gewandelten und gewachsenen westlichen Militärbündnis. Ein entsprechender Wunsch nach einem Dialog wurde vom chinesischen Botschafter in Brüssel denn auch gegenüber NATO-Generalsekretär Robertson geäußert. Die Bekanntgabe dieses Schrittes erfolgte dann – in der internationalen Berichterstattung weitgehend unbemerkt – auf dem XVI. Parteitag der KPCh. In dem angestrebten Dialog soll es nach chinesischem Wunsch um strategische Konzepte, gemeinsame Bedrohungen und nicht zuletzt um NATO-Aktivitäten im Hinterhof der chinesischen Macht, in Zentralasien gehen. (ZXS, 26.11.02, nach BBC PF, 27.11.02; FAZ, 21.11.02) -kg-

9 Abstimmung zwischen China und den USA über Nordkorea

Am 13. November wurden in Beijing eintägige Gespräche auf Staatssekretärebene über die konkrete Umsetzung der grundsätzlichen Entscheidungen geführt, die auf dem Treffen zwischen Jiang Zemin und George W. Bush kürzlich in Texas erreicht worden waren, hieß es zum Besuch von James Kelly aus dem chinesischen Außenministerium. Im Kern dürfte es aber primär um eine Abstimmung der Haltungen beider Länder in der Frage des nordkoreanischen Atomprogramms gegangen sein.

Kong Quan, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, bestätigte nach dem Treffen, es sei in den Gesprächen Kellys mit dem chinesischen Vize-Außenminister Wang Yi und anderen hochrangigen Vertretern neben der Erörterung bilateraler Fragen auch um Nordkorea gegangen. Auf Inhalte wollte er jedoch nicht näher eingehen. China hoffe trotz der jüngsten Komplikationen weiterhin auf die Implementierung des Rahmenabkommens von 1994, wonach sich Nordkorea zur Beendigung seines nuklearen Waffenprogramms und zur Stilllegung zweier zur Anreicherung von waffenfähigem Uran geeigneter Atomkraftwerke verpflichtet hatte und im Gegenzug Nahrungsmittel und Brennstoffe sowie zwei moderne Leichtwasserreaktoren für die Stromerzeugung erhalten sollte. China, so Kong weiter, setze auf eine friedliche Lösung. Im Übrigen hätte man mit den USA vereinbart, in dieser Frage in engem Kontakt zu bleiben.

Auch von amerikanischer Seite wurde lediglich von einem „guten Meinungsaustausch“ gesprochen. Allerdings hieß es, man sei bemüht, in der Frage Nordkoreas eine gemeinsame Haltung mit der Volksrepublik China zu finden. Kelly hatte zuvor Japan und Südkorea besucht, um das weitere Vorgehen der Geberländer gegenüber Nordkorea abzustimmen. Insofern ist davon auszugehen, dass sein Besuch auch der Information der chinesischen Regierung über die in Seoul und Tokyo getroffenen Vereinbarungen über konkrete nächste Schritte gedient hat. Sowohl Japan als auch Südkorea hatten sich beispielsweise gegen eine seitens der USA angeregte Aussetzung der Öllieferungen ausgesprochen, um einer Verhärtung der nordkoreanischen Position nicht Vorschub zu leisten und Pyonyang gleichzeitig neue Vorwände für die Begründung der aufgekündigten Kooperation zu liefern. (Xinhua, 12.11.02, nach BBC PF, 13.11.02; Kyodo News Service, 12.11.02, nach BBC PF, 13.11.02; WSJ, 12.11., 13.11.02; XNA, 15.11.02) -kg-